

AKTUELL

ERZIEHUNG

Grautöne

David Angel

Autonomie, Sprachen, Lehrerbildung: Der Bildungsminister hat seine Pläne für die kommenden Jahre vorgestellt. Das Bildungssystem soll „zeitgemäßer“ werden.

„Herr Meisch, was ändert sich denn jetzt eigentlich konkret bei Schulbeginn?“ fragte eine Journalistin Bildungsminister Claude Meisch am Ende seiner einstündigen Schulanfangs-Pressekonferenz. Meisch hatte seine Prioritäten und Vorstellungen für die kommenden Schuljahre zwar ausführlich vorgestellt, zu irgendwelchen tiefgreifenden Änderungen in der nahen Zukunft aber nichts verlauten lassen.

Oberste Priorität hat für das Bildungsministerium die „sprachliche Situation“, spricht die Mehrsprachigkeit des Landes, die es zu fördern gelte. Und das soll schon bei der Betreuung der Null- bis Dreijährigen passieren: Den SchülerInnen will Meisch einen „natürlichen Zugang zur Sprache“ bieten, und dazu sollen sie von Anfang an mit Sprachen in Kontakt gebracht werden. Ab 2016 sollen Kinder, deren Muttersprache nicht Luxemburgisch ist, früh an die Umgangssprache herangeführt werden. Luxemburgische Muttersprachler sollen wiederum mit Französisch in Kontakt kommen.

Damit eine solche „Frühförderung“ allen zugänglich ist, soll die Kinderbetreuung „langfristig“ - was auch immer das heißt - kostenlos werden. Ganz kostenlos dann aber auch wieder nicht: Sie soll vor allem über die Einführung der ominösen 0,5 Prozent-Familiensteuer finanziert werden, die seit Monaten diskutiert wird, bislang von der Regierung aber nicht offiziell vorgestellt worden ist.

Eine weitere Priorität Meischs ist die Autonomie der Schulen, die auch in den Grundschulen verstärkt zum Tragen kommen soll. Vermehrt sollen dazu „Plans de réussite scolaire“ (PRS) eingesetzt werden, in denen Schulen ihre Stoßrichtung im Hinblick auf den schulischen Erfolg ihrer SchülerInnen definieren und weiterentwickeln können. Bei der Gestaltung ihres PRS sind die Schulen aufgefordert, sich an den „Realitäten der Schulbevölkerung“ zu orientieren. „Bessere Zukunftschancen für Kinder kann es nur geben, wenn die einzelnen Akteure ihre Freiheit haben“, so Meisch. Den Rahmen soll aber immer noch das Erziehungsministerium festlegen.

Auch beim Lehrpersonal der Grundschulen stehen Änderungen an: Die Weiterbildungsmaßnahmen sollen ausgebaut, „concours“ und „stage“ überarbeitet werden. 2015 soll das „Institut de formation de l'éducation nationale“ Arbeit aufnehmen. Sorgen bereitet Meisch die niedrige Erfolgsquote beim letzten „concours“ für GrundschullehrerInnen, deren Ursachen noch nicht geklärt sind.

Neben den Grundschulen sollen auch die Sekundarschulen in Zukunft mehr Autonomie genießen. Um der „Heterogenität“ der Luxemburger Schulen Rechnung zu tragen, werden zurzeit Arbeitsgruppen eingesetzt, die festlegen sollen, wie weit die Unabhängigkeit der Schulen gehen soll. LehrerInnen sind für Claude Meisch nicht nur „Fachexperten“, sondern auch „Experten für Lehren und Lernen“. Dementsprechend soll an der Uni Luxemburg ein „Master in secondary education“ geschaffen werden, den angehende LehrerInnen an ihr fachspezifisches Bachelorstudium anschließen können. Der Fokus soll verstärkt auf „pädagogische und didaktische Aspekte“ gelegt werden.

Keine Einsparungen

Mehr Autonomie soll auch beim Ausarbeiten der Lehrmaterialien verwirklicht werden: Programmkommissionen sollen im Grundschul- wie im Sekundarschulbereich moderne Materialien für die moderne Schule entwickeln. Zusammensetzen sollen sich diese Kommissionen neben den Schulakteuren aus Experten aus sozialen Bereichen, Kultur und ... Wirtschaft. Mit Einsparungen beim Budget des Erziehungsministeriums ist laut Claude Meisch nicht zu rechnen, wohl aber mit einem „Screening der Ressourcenverteilung“.

Auf die Debatte um den Werteunterricht ging der Bildungsminister nur zögernd ein. Durchblicken ließ er aber, dass ein solcher Unterricht noch in dieser Legislaturperiode eingeführt werden dürfte und dass die zur Zeit tätigen ReligionslehrerInnen - eventuell nach einer einjährigen Zusatzausbildung - übernommen werden könnten.

Die Debatte um die Schule werde oft sehr undifferenziert, in Schwarz und Weiß geführt, so Meisch. Und es stimme, das Luxemburger Schulsystem habe einige Probleme aufzuweisen. Um voranzukommen, müsse man aber auch die „Grautöne“ sehen.

SHORT NEWS

Tripartite: Nichts konkretes

(da) - Groß war die Freude bei Xavier Bettel, als er am Donnerstag nach den Verhandlungen der Sozialpartner vor die Presse trat: Man habe endlich wieder einen „guten und konstruktiven Dialog“ führen können, um „das Land voranzubringen“. Vorschläge und konstruktive Kritik seien sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite gekommen. Arbeitsgruppen aus je drei Vertretern von Regierung, Patronat und Gewerkschaften seien gebildet worden, um wirtschaftliche und soziale Themen sowie Arbeitslosigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ausführlich zu diskutieren. Konkretes werde allerdings erst am 14. Oktober anlässlich seiner Regierungserklärung zu erfahren sein. Bis dahin sollen die drei Arbeitsgruppen regelmäßig zusammenkommen. Die Sozialpartner einigten sich darauf, nur den Premierminister öffentlich Stellung beziehen zu lassen, die UEL sagte eine Pressekonferenz nach den Verhandlungen sogar ganz ab. Was zuletzt unmöglich schien, zumindest von den Gewerkschaften aber eingefordert wurde, ist also wieder Realität: die Tripartite. Wobei weder LCGB noch OGBL das Treffen im Vorfeld so bezeichnen wollten - punktuelle Verhandlungen seien noch keine Tripartite, erklärte beispielsweise LCGB-Präsident Patrick Dury zwei Tage vor dem Termin. Auch auf der Einladung der Regierung war das Wort nirgends zu finden. Taktik, um die zerstrittenen Sozialpartner endlich an einen Tisch zu bekommen?

Police : Schneider récapitule l'organigramme

(lc) - Cette semaine, le ministre de la Force publique, Etienne Schneider, a mis fin aux spéculations en confirmant les noms qui circulaient déjà dans la presse au sujet des nominations à la tête de la police. Ce seront donc Philippe Schrantz à la direction générale, avec Donvat Donven comme directeur général adjoint ainsi que Jeff Neuens à la police judiciaire ; la magistrate Monique Stirn prendra les rênes de l'Inspection générale de la police (IGP). C'est surtout cette dernière nomination qu'il faut saluer, car jusqu'ici l'IGP avait toujours été entre les mains de membres du corps policier. Avec une magistrate à sa tête, la « police des polices » grand-ducale pourra enfin fonctionner sans le soupçon de parti pris qui pesait sur elle. C'était d'ailleurs une des revendications du syndicat des policiers (SNPGL), qui a salué le courage du ministre Schneider et son ouverture au dialogue. Interviewés par la radio 100,7, les syndicalistes ont d'ailleurs contredit leur ancien ministre Jean-Marie Halsdorf, qui essayait de faire croire que, s'il avait toujours été ministre, il aurait fait de même. Au contraire, Halsdorf n'aurait jamais cherché le dialogue, mais aurait contribué à le bloquer, confirmaient-ils.

TTIP: Der Kampf tobt weiter

(lm) - Vergangene Woche hat die EU-Kommission ihr Veto gegen ein TTIP-kritisches Bürgerbegehren eingelegt. Die Begründung läuft darauf hinaus, dass Verhandlung und Abschluss internationaler Verträge durch die EU keiner direkten Einflussnahme der BürgerInnen unterliegen dürfen. Diese Entscheidung ist wohl auch dem intensiven Pro-TTIP-Lobbying der vergangenen Monate geschuldet. So hat ein Think-tank wie „Notre Europe“ versucht, die Überlegenheit des Vorsorgeprinzips - welches durch das Transatlantische Freihandelsabkommen ausgehöhlt würde - gegenüber der US-amerikanischen Vorgehensweise in Frage zu stellen. Viel weniger subtil hat das Ifo-Institut Studien über die Segnungen des TTIP aneinandergereiht. Doch die Gegenseite schläft nicht. Das Veto der Kommission sei „undemokratisch“ und „Wasser auf die Mühlen der Europa-Gegner“, kritisiert die luxemburgische NGO-Plattform gegen das Freihandelsabkommen. Auch die Gewerkschaftsgruppe TUG im Europaparlament hat angekündigt, das TTIP abzulehnen, wenn es keine Verbesserungen in Bereichen wie den Investitions-Schiedsgerichten geben werde. In Berlin schließlich hat am vergangenen Dienstag der BUND vor dem Brandenburger Tor mit einem acht Meter hohen Trojanischen Pferd demonstriert. Ein solches sei nämlich das Abkommen für die internationalen Konzerne im Hinblick auf eine Senkung der Umwelt- und Verbraucherschutz-Standards.